

„Wir sollten Europa nicht kaputt reden“

Die Flüchtlingskrise könne nur gemeinsam gelöst werden, sagt der ehemalige deutsche Bundespräsident Christian Wulff. Europa bleibe eine Verheissung für eine bessere Zukunft. Die Integration der Muslime werde gelingen. Von Philipp Gut

Herr Wulff, Deutschland wirbelt gerade wieder ganz Europa durcheinander. Stichwort: Flüchtlingspolitik. Welche Ziele und Motive beobachten Sie hinter dem Handeln der deutschen Regierung?

Europa zeichnet sich durch Weltoffenheit sowie klare Regeln aus – und beides gilt es zu verteidigen. Offene Grenzen innerhalb Europas gehören dazu, wobei sich alle, die nach Europa kommen, nach unseren Werten zu richten haben: der Menschenwürde, der Gleichheit von Mann und Frau, der Religionsfreiheit. So wie die Schweiz immer wieder Fremde integriert und zu guten Schweizern gemacht hat, so wird auch die Europäische Union manchen Verfassungspatrioten gewinnen, der aus der Ferne zu uns kommt. Andere werden zurückkehren, um ihre Heimatländer aufzubauen, oder weil sie keinen Asylanspruch haben. Kurz: Ich teile das Anliegen der Deutschen, dass die Grenzen innerhalb Europas offen bleiben, voll und ganz. Doch die Aussengrenzen müssen geschützt werden.

Die „Willkommenskultur“ von Kanzlerin Angela Merkel sandte ein anderes Signal aus: Wer kommen wollte, konnte kommen, unbesehen, wer er war und ob er überhaupt ein Recht auf Asyl hatte.

Es war eine humanitäre Entscheidung, die Menschen, die vor den Zäunen und innerhalb Europas gestrandet waren, als Flüchtlinge zu behandeln. Dass weitere Maßnahmen dem nachfolgen müssen, war allen klar, und das passiert jetzt ja auch.

Die Situation hat sich seither nicht verbessert, der Sturm auf die Grenzen hält an, etwa in Mazedonien.

Die Kontrolle gehört an die Aussengrenzen Europas. Grenzen wieder innerhalb Europas zu errichten mit Zäunen und Stacheldrähten – das wird zu enormen Schäden führen für die Wirtschaft und die Abkommen von Schengen und Dublin untergraben. Wir haben europäische Verträge, und die gelten: das heisst Registrierung an der Grenze zu Europa.

Bleiben wir noch einen Augenblick beim folgenschweren Vorpreschen der Kanzlerin: Hat Deutschland da in Ihren Augen als souveräner Akteur und Taktgeber gehandelt oder eher als Gefangener der eigenen Geschichte?

Die Deutschen sind pro-europäisch, sie wissen, dass wir den Weg über Europa beschreiten und nicht zurück in Nationalismus fallen wollen. Wir können uns nicht abschotten und in eine nur vermeintlich schöne Vergangenheit fliehen. Frau Merkel hat das Verhalten der Ungarn, die ihre Grenzen dichtmachten, kritisch gesehen und einen andere Akzent setzen wollen – einen europäischen Akzent.

Sie nehmen Ihre Parteikollegin Merkel verständlicherweise in Schutz. Aber Hand aufs Herz: Halten Sie den Zickzackkurs der Kanzlerin in der Asylpolitik auch für richtig?

Ich bin gegen diese Polarisierung, die in die Debatte eingeführt wird, und setze mich dafür ein, dass wir als Europäer die Herausforderung gemeinsam lösen. Ich war im Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien, da sind 90 000 Flüchtlinge untergebracht, mitten in der Wüste. Ich habe grössten Respekt vor Jordanien und dem Libanon, die mit fünf Millionen Einwohnern über eine Million Flüchtlinge bei sich beherbergen. Bei 500 Millionen Europäern kann ich nicht verstehen, dass uns drei Millionen Flüchtlinge in dieser Art und Weise überfordern sollen. Wenn wir die Krise gemeinsam lösen wollen, schaffen wir das auch. Die Frage ist, ob jeder nur an sich selber denkt, oder ob die Mehrheit in Europa ans Ganze denkt.

Die Wähler goutieren die Asylpolitik der Kanzlerin offensichtlich nicht. Wie sollte die CDU nach den Verlusten vom Wochenende reagieren? Wie lautet Ihre Antwort an die siegreiche AfD?

Ich teile weder die Euphorie noch die Feststellung in Ihrer Frage. Die Ministerpräsidenten, die sich hinter die Kanzlerin und ihre Flüchtlingspolitik gestellt haben, haben zugelegt und bleiben im Amt. Dass in einer solchen einzigartigen Situation der letzten Monate eine neue Partei mit Ängsten spielt und in die Parlamente einzieht, war zu befürchten. Jetzt werden sie Stimmung gegen Muslime machen und alle Menschen müssen sich entscheiden, wohin wir wollen. Ich führe die Auseinandersetzung gerne. Für mich ist die Religionsfreiheit eine zivilisatorische Errungenschaft. Und es bleibt auch festzuhalten, dass mehr als 85% der Bevölkerung in den drei Bundesländern nicht für die AfD gestimmt hat.

Die Flüchtlingskrise befeuert die Diskussion über die Zukunft der EU. Manche Staaten, wie jüngst Österreich, nehmen das Heft wieder in die eigene Hand. Mit einem Rückfall ins Zeitalter des überbordenden Nationalismus hat das doch nichts zu tun. Entdecken die Nationalstaaten nicht einfach wieder, dass sie für ihr Tun und Lassen letztlich selbst verantwortlich sind?

Ich sehe da keinen Widerspruch. Die deutschen Standortvorteile wie Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung, starker Mittelstand, duale Berufsausbildung, ein

familienbetriebsfreundliches Steuerrecht – nichts von all dem, was unser Land ausmacht, haben wir in Europa aufgeben müssen. Aber die grossen Fragen der Zukunft – militärische Sicherheit, Grenzsicherung, Terrorbekämpfung, Währungs- und Finanzpolitik – werden entweder auf europäischer Ebene gelöst, oder wir werden scheitern. Es ist doch absurd, sich vorzustellen, dass man etwa den IS-Terrorismus vor allem auf nationaler Ebene bekämpfen will, wo die Terroristen quer durch Europa unterwegs sind. Man kann es auch nicht den einzelnen Staaten allein überlassen, die Aussengrenzen zu sichern, Länder wie Griechenland müssen wir unterstützen. Ich sehe den Nationalismus in Frankreich, Italien und auch zum Teil in Deutschland als sehr problematisch, und wir sollten uns wieder an die grossen Europäer wie Churchill, Adenauer, de Gasperi, de Gaulle oder Kohl erinnern und dieses Europa weiterbauen.

Gerade Leute, welche die Integration stärken wollen, setzen auf das Konzept eines „Kerneuropa“, weil es mit allen nicht vorwärtsgehe. Würden Sie das unterstützen?

Wir haben ja jetzt durch die Verhandlung mit Grossbritannien deutlich gemacht, dass keiner gezwungen wird, in den Euroraum zu gehen. Die können ihr Pfund behalten. Aber der Vereinigungsprozess soll so attraktiv werden, dass möglichst viele Länder in der Vertiefung mitmachen möchten. Brüssel wird oft zu Unrecht kritisiert, man erhält fast den Eindruck, die Leute würden aus Europa flüchten. Meine Wahrnehmung ist eine umgekehrte: Die Menschen strömen aus aller Welt nach Europa, weil sie uns als Hort der Stabilität und der Sicherheit und als Verheissung einer besseren Zukunft sehen. Wir sollten dieses Europa, das die Welt faszinierend findet, nicht kaputt reden.

Als Bundespräsident haben Sie einmal gesagt: „Der Islam gehört zu Europa.“ Was meinen Sie damit?

Ich habe damals am Tag der deutschen Einheit gesagt, dass das Christentum und das Judentum zweifelsfrei zu Deutschland gehören und Deutschland geprägt haben, dass aber inzwischen auch der Islam zu Deutschland gehöre. Wir haben in Europa vierzehn Millionen Muslime, in Deutschland sind es drei Millionen, und die gehören selbstverständlich mit ihrer Religion dazu und sind bei uns willkommen, wenn sie die Gesetze achten. Für mich geht es um eine Grundsatzfrage: Können wir der Welt zeigen, dass es bei uns ein friedliches Miteinander von Moscheen, Synagogen und christlichen Kirchen gibt, oder scheitert die religiöse Toleranz auch bei uns? Wenn dies auch bei uns scheitert, dann wird es, glaube ich, überall scheitern. Dann droht die Konfrontation der Kulturen und der Religionen, die wir in Europa bereits überwunden haben. Nach den blutigen Auseinandersetzungen zwischen evangelischen und katholischen Mächten, zwischen Christen und Juden mit Völkermord und

millionenfacher Judenvernichtung sollte klar geworden sein, dass sich der Staat herauszuhalten hat aus Glaubensfragen. Er muss den Bürgern die Freiheit lassen, die Religion ihrer Wahl auszuüben.

Bereits gibt es allerdings Parallelgesellschaften, das Recht gerät unter Druck.

Parallelgesellschaften dürfen nicht akzeptiert werden. Nach meiner Überzeugung ist Multikulti, also ein beliebiges Nebeneinanderleben, gescheitert. Aber Multikulturalismus verstanden als ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen, die sich in verschiedenen Kulturen zu Hause fühlen, die aber gemeinsame Werte verbindet, bleibt das Gebot der Stunde: Es geht darum, Vielfalt zu organisieren, nach gemeinsamen Regeln und auf Grundlage einer freiheitlichen Verfassung. Ich bleibe optimistisch: Diese Form von multikulturellem Zusammenleben wird gewinnen. Gesellschaften, die sich abzuschotten versuchen, werden scheitern, weil sie auch nicht innovativ sind. Das zeigt die Weltgeschichte. Wollen Sie Christen und Juden wieder trennen? Wie vor Jahrzehnten, als die Christen aus der Türkei auf den Balkan kamen, und die Muslime vom Balkan in die Türkei umgesiedelt wurden? Wollen wir wieder trennen nach Ethnien? Nach Religion? Wollen wir 1,6 Milliarden Muslime dort, und 2,3 Milliarden Christen hier? Oder wollen wir zeigen: Wir schaffen es zusammen?

Sie kennen Angela Merkel sehr intim. Sie ist bekannt als Virtuosin der Macht, aber das kann ja nicht alles sein. Worin liegt die tiefere Motivation für ihre Politik und den enormen Gestaltungswillen, den sie an den Tag legt? Was treibt sie letztlich an?

Sie fragt danach, was langfristig gut ist für Deutschland – und nicht, was gerade ankommt. Sie verspricht nichts, was sie nicht halten kann. Sie lässt nur Erwartungen zu, die sie auch erfüllen kann. Das ist ihr Erfolgsrezept.

Wie ist sie als Person?

Extrem klug und dem Gegenüber zugewandt. Sie ist eine faszinierende Gesprächspartnerin.

Sie haben sich durch die Medienkampagne, die 2012 zu Ihrem Rücktritt geführt hat, gezwungenermassen viele Gedanken über den Journalismus gemacht. Journalisten sollten zuspitzen, aber nicht, um jemanden zu erstechen, fordern Sie. Es bleibt doch aber eine der vornehmsten Aufgaben der Medien, den Mächtigen kritisch auf die Finger zu schauen.

Kritisch ist völlig okay und notwendig! Aber es gibt eben auch Auswüchse und Machtmissbrauch. Dieser ging in meinem Fall am Ende sogar so weit, dass man mit rechtswidrigen Mitteln die Staatsanwaltschaft bewegte, meine Immunität aufheben lassen zu wollen und dass man geheime Informationen veröffentlicht hat.

Sie möchten die Macht der Medien einschränken?

Ich sehe keine sinnhaften Kontrollmechanismen für die Presse. Journalisten müssen sich nicht wählen lassen, und sie werden von niemandem kontrolliert. Die Presse kann sich nur selbst kontrollieren. Sie muss einen Kodex haben. Der Verbraucher hat allenfalls die Chance, Medien, die ständig überziehen, nicht mehr zu lesen und nicht mehr zu kaufen. Ich treffe noch heute jede Woche Leute, die mir sagen, sie bezögen diese oder jene Zeitung nicht mehr, weil sie damals so mit mir umgegangen sei. Da stellt sich der Journalismus selbst ein Bein.

In Deutschland macht der Begriff der „Lügenpresse“ Karriere.

Dieser Begriff ist scharf zurückzuweisen, weil er überhaupt nicht differenziert. Und weil er aus undemokratischen Zeiten stammt, in denen Stimmung gemacht wurde gegen die freie Presse und die demokratische Gesellschaft. Eine freie Presse gehört aber zu einer offenen, pluralen Gesellschaft.